

Protokoll über die Sitzung Nr. 7/2025 des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt der Stadt Wilhelmshaven am Montag, 25. August 2025 um 14:00 Uhr im Ratssaal

Anwesend:

Mitglieder SPD-Fraktion

Beigeordneter Volker Block
Ausschussmitglied Norbert Peter Brandt
Bürgermeisterin Gesche Marxfeld
Beigeordneter Detlef Schön

Mitglieder Gruppe "Gemeinsam BUNT"

Beigeordneter Martin Burkhart
Beigeordneter Andreas Tönjes
Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis
Ausschussmitglied Helga Weinstock

Mitglieder CDU-Fraktion

Ausschussvorsitzender Uwe Heinemann
Stellv. Ausschussmitglied Anja Mandt
Ausschussmitglied Jens Stoffers

Mitglieder Gruppe WIN@WBV, Volt

Ausschussmitglied Stefan Becker
Beigeordneter Markus Bulla

Mitglied AfD-Fraktion

Ausschussmitglied Thorsten Moritze

Mitglied Fraktion FDP/FW

Grundmandat Thomas Lehmann

Es fehlte entschuldigt

Stellv. Ausschussvorsitzende Astrid Zaage

als Gast

Ratsmitglied Michael von den Berg

Dezernenten

Stadtkämmerer Thomas Bruns
Stadtbaurat Niksa Marusic
Erster Stadtrat Armin Schönfelder

von der Verwaltung

Jörg Engesser - Fachbereich Rechnungsprüfungsamt

Jan Hülsemann - Fachbereich Finanzen

Torben Müller - Fachbereichsleitung Finanzen

Julia Muth - Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination

Protokollführerin

Jessica Zahn – Fachbereich Finanzen

A Öffentlicher TeilTagesordnung:

- | | | |
|-----|--|-----------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung sowie die Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Feststellung der Tagesordnung | |
| 3 | Genehmigung der Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt vom 16.06.2025 und 30.06.2025 | |
| 4 | <u>Vorlagen an den Rat</u> | |
| 4.1 | Jahresabschluss sowie Rechenschaftsbericht 2023 (Kernverwaltung); Entlastung des Oberbürgermeisters | 222/2025 |
| 4.2 | 1. Nachtragshaushaltssatzung 2025/2026 der Stadt Wilhelmshaven | 280/2025 |
| 4.3 | Beschluss über die Verwendung des steuerlichen Einlagekontos zur Leistung der fiktiven Gewinnausschüttung für das Jahr 2024 (Betrieb gewerblicher Art "Personaldienstleistungen" – Eigenbetrieb RNK) | 240/2025 |
| 4.4 | Beschluss zur Genehmigung des Wirtschaftsplanes 2025 vom Eigenbetrieb RNK | 273/2025 |
| 4.5 | Betriebsführungsvertrag Stadt Wilhelmshaven - UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer-Besucherzentrum e.V. | 260/2025 |
| 5 | <u>Vorlagen an den Verwaltungsausschuss</u> | |
| 5.1 | Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA | 263/2025 |
| 6 | <u>Mitteilungen und Anfragen</u> | |
| 6.1 | Angelegenheiten des Fachbereiches Finanzen | |

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie die Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, **Herr Heinemann**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde einstimmig festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt vom 16.06.2025 und 30.06.2025

Herr Brandt erinnerte daran, dass das Protokoll über die Sitzung am 16.12.2024 fehlt.

Herr Müller erklärte, dass dies in Erarbeitung sei.

Auf Nachfrage von **Herrn Tönjes** bestätigte **Herr Müller**, dass beide Protokolle innerhalb der vorgegebenen Frist zur Verfügung standen.

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt vom 16.06.2025 wurde mit 12 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig genehmigt.

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt vom 30.06.2025 wurde mit 11 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Jahresabschluss sowie Rechenschaftsbericht 2023 (Kernverwaltung): Entlastung des Oberbürgermeisters **222/2025**

Herr Müller wies darauf hin, dass die Vorlage in der Sitzung am 16.06.2025 vertagt worden sei. Seitdem habe es jedoch keine Rückfragen gegeben, er bat daher um Zustimmung.

Herr Tönjes widersprach einer En-bloc-Abstimmung.

Herr Brandt verwies auf die Anmerkung des Rechnungsprüfungsamtes, dass der Jahresabschluss nicht innerhalb der gesetzlichen Frist aufgestellt worden sei. Aus diesem Grund lehne er die Beschlussvorlage ab.

Herr Bruns erklärte, dass über die Gründe für die verspätete Aufstellung berichtet worden sei. Eine Stellenneubesetzung habe zu Verzögerungen geführt, dies habe die Qualität des Jahresabschlusses jedoch nicht beeinflusst.

Es wurde anschließend über die Punkte 1 bis 4 der Vorlage abgestimmt. Diesen wurde einstimmig mit 9 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen zugestimmt.

Dem Punkt 5 der Vorlage wurde mit 8 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt.

Beschluss: -getrennte Abstimmung-

1. Der Rat beschließt den Jahresabschluss 2023 der Stadt Wilhelmshaven (Kernverwaltung) unter Kenntnisnahme des Schlussberichts des Rechnungsprüfungs-amtes, einschließlich der Stellungnahme des Oberbürgermeisters
[einstimmig zugestimmt]
2. Das Haushaltjahr 2023 schließt mit einem Gesamtdefizit in Höhe von - 35.045.558,98 €.
[einstimmig zugestimmt]
3. Die Vertretung beschließt die in der Anlage ersichtlichen Nachbewilligungen, die im Zusammenhang mit zwingend vorzunehmenden Jahresabschlussbuchungen notwendig geworden sind.
[einstimmig zugestimmt]
4. Der Überschuss im außerordentlichen Ergebnis von 942.722,31 € wird zur Deckung des Defizits im ordentlichen Ergebnis von -35.988.281,29 € verwendet. Das verbleibende Defizit von -35.045.558,98 € wird als Fehlbetrag aus Vorjahren ins Haushaltsjahr 2024 vorgetragen.
[einstimmig zugestimmt]
5. Dem Oberbürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2023 Entlastung erteilt.
[mehrheitlich zugestimmt]

4.2 1. Nachtragshaushaltssatzung 2025/2026 der Stadt Wilhelmshaven

280/2025

Herr Müller führte in die Beschlussvorlage ein und begann damit die größten Punkte der Änderungslisten vorzustellen.

Herr Schön sprach den schlechten Zustand des Krankenhausgebäudes an und hinterfragte welche Kosten anfallen und wie diese finanziert werden sollen.

Herr Heinemann und **Herr Bruns** erklärten, dass die Investitionen über den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes RNK laufen. Es gebe für die erforderlichen Investitionen einen ersten Auftakt und die ersten Maßnahmen seien in dem Wirtschaftsplan 2025 enthalten. Die Gesamtinvestition sei noch nicht abgestimmt.

Herr Schönfelder ergänzte, dass Investitionen in Millionenhöhe notwendig werden, dies werde natürlich noch ausführlich mit dem Rat besprochen.

Herr Schön kritisierte das Vorgehen und hielt die Antworten nicht für ausreichend.

Herr Tönjes erkundigte sich nach den Mitteln für die rechtliche Beratung zum B-Plan und kritisierte, dass die Begründung ungenügend sei.

Herr Marušić berichtete, dass nicht vorhersehbar sei, welche Klagen bzw. Einwände zu erwarten seien. Man musste daher eine Schätzung vornehmen.

Nach diesen Diskussionen zum Thema Klinikum und B-Plan beantragte **Herr Block** die Unterbrechung der Sitzung für ein Gespräch mit dem Ausschussvorsitzenden.

Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Unterbrechung der Sitzung wurde mit 11 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen.

Die Sitzung wurde bis 14:40 Uhr unterbrochen.

Nach der Sitzungsunterbrechung erklärte **Herr Block**, dass der Ausschuss noch erheblichen Beratungs- und Nachfragebedarf habe, man jedoch eine Lösung gefunden habe.

Herr Bulla fragte, ob die einzelnen Änderungen in den zuständigen Fachausschüssen vorberaten worden seien.

Herr Müller antwortete, dass die Fachausschüsse bei der Aufstellung des Doppelhaushaltes beteiligt werden. Bei einem Nachtragshaushalt sei dies eine Einzelfallentscheidung, in der Regel werden die Fachausschüsse nicht gesondert beteiligt. Außerdem haben, insbesondere aufgrund der Sommerferien, die Fachausschüsse teilweise nicht getagt.

Herr Tönjes stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung.

Herr Bruns merkte an, dass es sinnvoll wäre die Beschlussvorlage vollständig einbringen zu lassen. Die Erhöhung der Kreditermächtigung sei für die Krankenhausumlage notwendig, ansonsten müssten andere Investitionsmaßnahmen gestrichen werden. Viele der Änderungen seien außerdem schon durch die Budget- und Produktberichte bekannt und in den Fachausschüssen thematisiert worden.

Es folgte eine Diskussion über die Vertagung.

Am Ende dieser zog **Herr Tönjes** seinen Antrag zurück, damit die Beschlussvorlage komplett eingebracht werden kann.

Frau Mandt fragte nach den Gründen für den Anstieg bei den Schülerbeförderungskosten.

Herr Müller und **Herr Schönfelder** antworteten, dass dies an den Preisanstiegen liege und auch die individuelle Schülerbeförderung enthalten sei.

Herr Burkhardt hinterfragte, ob es wirtschaftlicher sei die individuelle Schülerbeförderung selber durchzuführen. Anschließend fragte er nach der Zuschusserhöhung an die WFG.

Herr Müller erklärte, dass diese Änderung lediglich die Korrektur einer versehentlichen Fehlveranschlagung sei. Es seien im Doppelhaushalt 2025/2026 zu wenig Mittel geplant worden.

Herr Müller stellte weiter die Punkte der Änderungsliste vor. Bezüglich der Mittel für Gutachten und rechtliche Begleitung der Klinikfusion betonte er, dass eine belastbare Kostenprognose noch nicht möglich sei, man wolle über die vorgeschlagenen Ansätze aber die schnelle Handlungsfähigkeit der Stadt Wilhelmshaven im Prozess sichern. Die Stadt würde eine eigene rechtliche Beratung und Begleitung benötigen. Darüber hinaus seien mit dem Landkreis Friesland gemeinsam zu beauftragende Gutachten erforderlich. Konkret nannte **Herr Müller** nach jetzigem Kenntnisstand ein Gutachten für die Standortauswahl, die Unternehmensbewertung beider Klinikgesellschaften und eine gemeinsame Beratung für den Fusionsprozess hinsichtlich verschiedener rechtlicher und betriebswirtschaftlicher Disziplinen.

Es folgte eine ausführliche Diskussion über die Mittel für die rechtliche Begleitung der Klinikfusion. An dieser Diskussion beteiligten sich **Herr Heinemann, Herr Schön, Herr Müller, Herr Walpurgis, Herr Stoffers, Herr Schönfelder, Herr Bruns, Herr Block, Frau Mandt, Herr Burkhart, Herr Lehmann, Herr Becker** und **Herr Bulla**.

Alle betonten, dass eine Abstimmung mit dem Landkreis Friesland zwingend erforderlich sei, um auch doppelte Beauftragungen zu vermeiden.

Die **Herren Schön, Walpurgis** und **Block** kritisierten die Höhe des Betrages und erklärten, dass sie ein konkretes Konzept erwartet hätten.

Herr Stoffers vertrat die Meinung, dass man momentan noch gar nicht beurteilen könne, ob der Betrag angemessen sei.

Herr Müller, Herr Bruns und **Herr Schönfelder** erklärten, dass Abstimmungen mit dem Landkreis Friesland erfolgt seien und dies auch zukünftig der Fall sei. Es gebe erste Überlegungen zur Einrichtung eines gemeinsamen Gremiums. Dies würde jedoch nicht die Notwendigkeit von Haushaltsmitteln für Beratungen beeinflussen.

Herr Bruns berichtete, dass der Landkreis Friesland intern eine Stabstelle für die Fusion gegründet habe. In Wilhelmshaven sollen die Fäden beim Beteiligungsmanagement, in Person Herr Bruns und Herr Müller, zusammenlaufen. Als politisches Gremium ist der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt vorgesehen. Genaueres zum Vorgehen werde in nichtöffentlicher Sitzung vorgestellt. Welche Beratungen und Gutachten im Rahmen der Fusion konkret anfallen und wie teuer diese werden, könne man aktuell nur schätzen. Jeder Auftrag werde nochmal vorab in die Politik gegeben, hier gehe es um eine grundsätzliche Ermächtigung um handlungsfähig zu sein.

Frau Mandt merkte an, ob eine Stabstelle in Wilhelmshaven nicht ebenfalls sinnvoller sei. Es sei ein zu komplexes Thema, um dieses nebenbei zu bearbeiten.

Die **Herren Schön, Burkhardt und Walpurgis** schlossen sich der Meinung von Frau Mandt an.

Herr Becker fasste zusammen, dass sich die Politik eine Stabstelle wünscht und fragte, wie dies am schnellsten umgesetzt werden könne.

Herr Schönfelder erklärte, dass dauerhafte Stellen im Stellenplan geregelt seien. Befristete Stellen könne man auch außerhalb diesen ermöglichen. Er empfahl das Thema unabhängig vom Nachtragshaushalt zu regeln und in der nichtöffentlichen Sitzung zunächst die Ausführungen von Herrn Bruns abzuwarten.

Herr Becker betonte, dass das Thema öffentlich besprochen werden sollte.

Herr Block kritisierte die aus seiner Sicht fehlende Transparenz.

Auf Nachfrage von **Herrn Lehmann** erläuterte **Herr Bruns** nochmal, dass das Gutachten zum Standort nur ein Punkt der notwendigen Begleitung sei. Parallel müssen viele weitere Themen, wie zum Beispiel eine Unternehmensbewertung, angegangen werden.

Herr Bruns schlug dem Ausschuss die Möglichkeit eines Sperrvermerkes vor. Damit könnte der Rat den Ansatz für die rechtliche Begleitung mit einem Vermerk versehen, dass eine Verwendung der Mittel erst nach Zustimmung eines politischen Gremiums erfolgen darf.

Herr Brandt vertrat die Auffassung, dass der Stellenplan nicht korrekt sei.

Die Ausschussmitglieder forderten für eine Beschlussfassung weitere Informationen und detailliertere Begründungen und enthielten sich deswegen vollständig bei der Abstimmung.

Beschluss: -bei Stimmengleichheit abgelehnt-

Der Rat beschließt gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 9 i.V.m. § 115 NKomVG die 1. Nachtragshaushaltssatzung 2025/2026 der Stadt Wilhelmshaven.

- 4.3 Beschluss über die Verwendung des steuerlichen Einlagekontos zur Leistung der fiktiven Gewinnausschüttung für das Jahr 2024 (Betrieb gewerblicher Art "Personaldienstleistungen" – Eigenbetrieb RNK) **240/2025**

-Keine Wortmeldungen-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, dass die fiktive Gewinnausschüttung aus dem Betrieb gewerblicher Art "Personaldienstleistungen" (Eigenbetrieb RNK) für das Veranlagungsjahr 2024 vollständig unter Verwendung des steuerlichen Einlagekontos geleistet wird.

4.4 Beschluss zur Genehmigung des Wirtschaftsplanes 2025 vom Eigenbetrieb RNK **273/2025**

Herr Müller entschuldigte die Abwesenheit von Herrn Schaaf, der leider nicht an der Sitzung teilnehmen könne. Er stellte anschließend die Beschlussvorlage vor.

Herr Brandt teilte mit, dass er die Vorlage ablehnen werde, da der Wirtschaftsplan zu spät vorgelegt worden sei.

Herr Tönjes führte aus, dass der Beschluss in seinem Wortlaut so nicht richtig sei, weil die angesprochenen Gesetze einen Beschluss vor Beginn des Wirtschaftsjahres vorsehen.

Herr Müller und **Herr Bruns** antworteten, dass man die Verspätung des Wirtschaftsplanes im Beschluss aufnehmen könne, auch wenn dies nicht üblich sei. Man könne den Eigenbetriebsleiter im Nachgang über diesen Wunsch informieren.

Herr Stoffers merkte an, dass die Vorlage nicht auf der Tagesordnung des Rates stehe.

Herr Schönfelder erklärte, dass ein technisches Problem vorliege und dadurch der Punkt im System nur sichtbar sei, wenn man angemeldet ist. Im Rat könne man diesen Fehler leider nicht mehr heilen, so dass im Rat die Beratung erst im September erfolgt. Eine frühere Vorberatung sei jedoch unschädlich.

Beschluss: -bei Stimmengleichheit abgelehnt-

Beschlussvorschlag:

Der beiliegende Wirtschaftsplan des RNK – Eigenbetriebes 2025 wird, gemäß § 8 Absatz 2 und 3 der Satzung des RNK Eigenbetriebes, beschlossen.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird für 2025 auf 1.338.779 € festgesetzt.

Der Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredit für das Wirtschaftsjahr 2025 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 8.000.000 € festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigung wird auf 1.102.000 € festgesetzt.

4.5 Betriebsführungsvertrag Stadt Wilhelmshaven - UNESCO **260/2025**
Weltnaturerbe Wattenmeer-Besucherzentrum e.V.

Herr Marušić leitete in die Beschlussvorlage ein und informierte darüber, dass der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Brandschutz einstimmig zugestimmt habe.

Herr Tönjes bedankte sich insbesondere bei Frau Mandt für ihren Einsatz.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt beschließt den neuen Betriebsführungsvertrag für das UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer Besucherzentrum zwischen der Stadt Wilhelmshaven und dem Verein „UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer Besucherzentrum e.V.“ mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2026.

5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

5.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA **263/2025**

Herr Heinemann bedankte sich für die Spende.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungsausschuss beschließt die Annahme der folgenden Zuwendungen:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Herr Jörg Sieberns Neuender Reihe 29 26389 Wilhelmshaven	150,00 €	Geldspende für den Bereich des Besuchsdienstes der Stadt Wilhelmshaven

6 Mitteilungen und Anfragen

Haushaltsstrukturkommission

Herr Heinemann fragte nach den Ergebnissen der Haushaltsstrukturkommission.

Herr Bruns erklärte, dass sich die Verwaltung mitten im Prozess der Aufgabenbetrachtung befinde. Es sei vorgesehen am 07.10.2025 die Mitglieder des Ausschusses einzuladen, um die ersten Fachbereiche vorzustellen.

Neugestaltung Stadtrecht

Frau Muth informierte, dass der Antrag auf Neugestaltung des Stadtrechtes und der Richtlinien (BV-Nr. 521/2025) umgesetzt sei. Sie lud dazu ein, sich dies anzuschauen und Anregungen gerne an sie weiterzugeben.

6.1 Angelegenheiten des Fachbereiches Finanzen

Herr Müller stellte in seinem Vortrag den Veranlagungsstand der kommunalen Steuern und den Stand der Liquiditätskredite vor und gab ein Update zur Umsetzung der Grundsteuerreform und der geplanten Änderung des Niedersächsischen Grundsteuergesetzes.

Herr Burkhardt erkundigte sich nach dem Meldeverhalten bezüglich der Zweitwohnungssteuer.

Herr Müller berichtete, dass die Meldungen zu den seit der Satzungsänderung zu erklärenden Ferienwohnungen schleppend kommen und er derzeit nicht von einem vollständigen Erfassungsgrad ausgehe. Die neu geschaffene Stelle für die Erfassung der Zweitwohnungssteuer sei erst vor kurzem besetzt worden, man sei also an dem Thema dran. Er bot an, darüber ausführlicher in einer der nächsten Sitzungen zu informieren.

Herr Tönjes fragte, ob die Vergnügungssteuer durch die vielen Online-Angebote rückgängig sei.

Herr Müller antwortete, dass die Abwanderungstendenz im Haushalt eingeplant worden sei, da es sich durch Corona abgezeichnet habe.

Weiterhin gab **Herr Müller** einen Überblick über die angekündigten Fördermittel, die aufgrund der noch fehlenden Gesetze und der ausstehenden Entscheidung über die Mittelverwendung noch nicht im Nachtragshaushalt berücksichtigt seien.

Herr Becker betonte, dass Sondervermögen Schulden seien.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 18:15 Uhr

Bruns
Stadtkämmerer

Heinemann
Vorsitzender

Zahn
Protokollführerin